

Für eine konsequente Debatte um eine linke Gewerkschaftsopposition auf dem Kongress:

Die Gewerkschaftslinker muss zu einer klassenkämpferischen Bewegung werden!

Vorschlag von KollegInnen des Vorbereitungskreises der Berliner Gewerkschaftslinken
(Kontakt: martin.mitterhauser@arcor.de)

- 1.** Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hat einige heftige Teilniederlagen erlitten: Metaller-Streik im Osten 2003, Tarifrunden 2004, die Hartz- und Agenda-Gesetze, Siemens, Daimler, Opel.... Zugleich gab es die größten und heftigsten Proteste in der Bevölkerung und in den Betrieben gegen den konzertierten Generalangriff von Regierung und Kapital seit langem: 1. Nov 2003, 3 April 2004, Aktionstage, "B10", Bochum...
- 2.** Seit Schröders Agenda-Rede im Frühjahr 2003 jagt eine "Reform", eine Angriffswelle die andere. Diese Angriffe stehen im engen Zusammenhang damit, die europäische Union, die einzelnen nationalen Kapitale unter deutsch-französischer Führung zusammenzuschmieden und zu einer Weltmacht zu machen, die mit den USA um die imperialistische Vormachtstellung erfolgreich konkurrieren kann (Erklärung von Lissabon). So ist es kein Zufall, dass die Kapitalisten und ihre Regierungen in ganz Europa die Errungenschaften und Organisationen der Arbeitenden angreifen. Die nächsten Jahre werden von entscheidender Bedeutung sein, ob es der herrschenden Klasse gelingt, der Arbeiterbewegung eine strategische Niederlage beizufügen.
- 3.** Die Angriffe werden nur durch den gemeinsamen und internationalen Abwehrkampf aller Lohnabhängigen abgewehrt werden können. Den Gewerkschaften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Unter der gegenwärtigen Führung der Gewerkschaften in Deutschland sind sie jedoch zur Niederlage verdammt. Alle Flügel der Bürokratie - "Modernisierer" und "Traditionalisten" - sind eng an die Sozialdemokratie, den bürgerlichen Staat und an den Kapitalismus selbst gebunden. Ihre Politik besteht bestenfalls in einem "kritischen" Begleiten der aktuellen Angriffe und "Reformen" und in einem Rückzug auf die kurzfristigen Eigeninteressen des Apparats und relativ privilegierter Schichten der Lohnabhängigen unter dem Vorwand der "Standortkonkurrenz" und "Beschäftigungsgarantie". So wichtig es ist, von den Gewerkschaftsführungen eine andere Politik einzufordern und dafür in den Gremien zu kämpfen und die Führungen unter Druck zu setzen, so klar muss es sein, dass solche Forderungen v.a. zur Mobilisierung der Mitglieder und Lohnabhängigen dienen müssen - und nicht von der Hoffnung auf eine Änderung der Ausrichtung der Gewerkschaftsführungen genährt sein dürfen.
- 4.** Die Aufgabe der Gewerkschaftslinken ergibt sich daraus. Sie muss ihre bisherige Praxis überwinden und zu einer klassenkämpferischen Opposition werden, die organisiert für eine andere Politik, andere Strukturen und eine anderer Führung in den Gewerkschaften kämpft.
- 5.** Dazu muss die Gewerkschaftslinker vor Ort als handlungsfähige politische Kraft sichtbar werden, die offen gegen Sozialpartnerschaft, Standortlogik und faule Kompromisse eintritt. Sie muss dazu eigene Stellungnahmen erarbeiten, die vor Ort verbreitet, in die Betriebe und Gewerkschaftsgliederungen getragen werden und auch das Sprachrohr für die arbeitslosen Männer und Frauen sein, die keine gesellschaftliche Interessenvertretung haben. Sie muss als

organisierte Opposition erkennbar sein. Wo möglich, muss sie auch innerhalb und außerhalb der offiziellen DGB-Gewerkschaften selbstständig mobilisieren. Dazu muss sie sich als Gewerkschaftslinker in den Betrieben verankern, um die Mehrheit in Betriebsgruppen, Vertrauensleutkörpern und Betriebsräten kämpfen. Das heißt auch für die Demokratisierung der Gewerkschaften und das Recht zu fordern, offene politische Fraktion in den DGB-Gewerkschaften zu bilden - ein Recht, das sich derzeit nur die Sozialdemokraten nehmen. Eine linke Gewerkschaftsopposition muss sich auch zu den gesamtgesellschaftlichen Angriffen des Kapitals und seiner Helfeshelfer im politischen Establishment verhalten und den gesamtgesellschaftlichen Rollback offen benennen und thematisieren.

6. Um zu einer klassenkämpferischen Bewegung zu werden, braucht die Gewerkschaftslinker eine eigene politische Ausrichtung, nicht nur jenseits der aktuellen, national fixierten Standortpolitik der Gewerkschaftsführungen, sondern auch jenseits des keynesianisch inspirierten Reformismus. Sie darf sich nicht auf "rein gewerkschaftliche" Fragen beschränken, sondern muss auch den Kampf gegen den politischen Generalangriff des Kapitals (Hartz-Gesetze, Agenda 2010, EU-Verfassung, Krieg, Rassismus der Festung Europa) in die Betriebe tragen. Sie muss ein Programm zur Mobilisierung entwickeln, kurzum ein politisches Aktionsprogramm, das den Kampf gegen die aktuellen Angriffe mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbindet. Die Gewerkschaftslinker muss daher von sich aus die Frage der politischen Formierung, die Frage einer neuen Arbeiterpartei aufgreifen. Sie muss schließlich ihre eigene internationale Politik entwickeln und selbstständig an einem Abwehrbündnis gegen den Generalangriff in Europa mit linken und oppositionellen Gewerkschaften wie der italienischen COBAS und den französischen Verbänden SUD und G 10 arbeiten. Sie muss in diesem Sinne mit den sozialen Bewegungen zusammenarbeiten und für internationale Demonstrationen wie die 19. März gegen den EU-Gipfel in Brüssel mobilisieren.

7. Die Gewerkschaftslinker braucht deshalb:

- **ein eigenes Aktionsprogramm gegen den Generalangriff**
- **eigene Stellungnahmen, Flugblätter zu betrieblichen und gesellschaftlichen Kämpfen**
- **eine eigene politische Ausrichtung auf nicht-sozialpartnerschaftlicher Grundlage**

Zu diesem Zweck braucht die Gewerkschaftslinker eigene, handlungsfähige und demokratisch legitimierte Strukturen und Entscheidungsfindungsprozesse.

Dazu soll, ausgehend von dieser Konferenz, ein Ausschuss gebildet werden, der sich monatlich trifft, Stellungnahmen und Infos erarbeitet. Der Ausschuss sollen für VertreterInnen örtlicher und betrieblicher gewerkschaftsoppositioneller Gruppen, von sozialen Bündnissen, Zeitungen und politischen Organisationen offen sein, die am Aufbau einer solchen Opposition teilnehmen wollen.

Als eine zentrale Aktivität sollen eine Kampagne gegen Arbeitszeitverlängerung und für Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie für einen Mindestlohn von 10 Euro durchgeführt werden. Außerdem soll die Mobilisierung für Brüssel einen Schwerpunkt bilden.

Vor allem soll dieser Ausschuss einen bundesweiten Kongress im Mai 2005 vorbereiten, der über Programm, Struktur, Charakter, Verhältnis zu politischen Parteien und Kampagnenschwerpunkten diskutiert und über bisherige Diskussionsergebnisse informiert.